



Neo-Nationalismus in der EU: Sozio-ökonomische Programmatik und Praxis

Executive Summary: Kernthesen

Joachim Becker

Der Neo-Nationalismus hat in der EU in den letzten Jahren, speziell seit Beginn der großen Krise von 2008 ff., einen Aufschwung erlebt. Neo-nationalistische Parteien sind sein zentraler Träger. Sie haben zunehmend Einfluss auf öffentliche Debatten gewonnen und haben in vielen EU-Ländern ihre parlamentarische Vertretung ausbauen können. In mehreren EU-Ländern sind sie an Regierungen beteiligt (z.B. Italien, Finnland, Österreich und, bis Ende 2018, Belgien) und regieren in einzelnen Fällen, wie Ungarn und Polen, sogar alleine. Im Fall eines maßgeblichen Einflusses auf die Regierungspolitik haben sie einen Umbau des politischen Institutionensystems initiiert, der auch die ArbeitnehmerInnenorganisationen betrifft. Bei ihrem Aufstieg profitieren die neo-nationalistischen Parteien von einer Erosion und Repräsentationskrise der traditionellen christ- und sozialdemokratischen Parteien. Von daher ist ihr Aufstieg auch nicht als ein rein konjunkturelles und kurzlebiges Phänomen einzuschätzen. Die politischen Koordinaten in Europa verändern sich derzeit dauerhaft.

Die öffentliche Diskussion zu den neo-nationalistischen Parteien konzentriert sich stark auf die nationalistischen, z.T. auch fremdenfeindlichen Elemente ihrer Programmatik. Doch haben die neo-nationalistischen Parteien eine weit darüber hinausgehende sozio-ökonomische Programmatik, die in einigen Fällen auch schon in Regierungspraxis umgesetzt worden ist. Die neo-nationalistischen Parteien beeinflussen erheblich das politische Umfeld, in dem ArbeitnehmerInnenorganisationen arbeiten.

Für ArbeitnehmerInnenorganisationen ist es daher wichtig, sich mit der breiteren Programmatik der neo-nationalistischen Parteien, aber auch mit deren Regierungspraxis auseinanderzusetzen. Hier sollen folgende Fragen im Vordergrund stehen: Wen beziehen die neo-nationalistischen Parteien in die Politikformulierung ein? Welche Rolle messen sie ArbeitnehmerInnenorganisationen bei der Formulierung von Politik und Recht zu? Welche wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen entwickeln sie? Wie wollen sie die

Arbeitsbeziehungen gestalten? Welche arbeitsrechtlichen und lohnpolitischen Initiativen entwickeln sie?

Zwischen den neo-nationalistischen Parteien gibt es durchaus bedeutsame Unterschiede in der programmatischen Orientierung. Die neo-nationalistischen Kräfte auf der politischen Rechten lassen sich in drei Strömungen unterteilen: eine neoliberale, eine nationalkonservative und eine – marginale – faschistische Strömung. Diese Grundorientierung lassen sich in den verschiedenen politischen Feldern identifizieren. Die sozio-ökonomische Programmatik ist auch mit der Stellung des jeweiligen Landes in der europäischen Arbeitsteilung, seiner Verortung in den internationalen Produktionsketten, dem Stellenwert und den Problemen des Finanzsektors verbunden. In der Studie wird daher auch der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Programmatik und der Verortung in der internationalen Arbeitsteilung sowie der Krisen- und Nach-Krisen-Dynamik nachgegangen. Dieser Aspekt spielt in der wissenschaftlichen, aber auch politischen Diskussion bislang nur eine untergeordnete Rolle.

In einem ersten Schritt erarbeitet die Studie eine **Typologie** für neo-nationalistische Parteien. Diese stellt den Rahmen für die Analyse der sozio-ökonomischen Programmatik wichtiger neo-nationalistischer Kräfte und die Fallstudien für die Regierungspraxis dar. Die **Programmatik** der Parteien wird im Kontext der Stellung der jeweiligen Länder in der europäischen Arbeitsteilung analysiert. Hier setzt sich die Studie vor allem mit maßgeblichen Parteien aus dem neoliberalen und nationalkonservativen Spektrum auseinander. Parteien, die sich erst in jüngster Zeit deutlicher an neo-nationalistische Positionen angenähert haben, wie beispielsweise die bayrische CSU, sind in der Studie nicht berücksichtigt. Insofern erhebt sie auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Was die politische Programmatik für die Praxis bedeutet, wird am deutlichsten beim Regierungshandeln. Programmatische Prioritäten und Prioritätensetzungen in der Praxis können, müssen sich aber nicht decken. Manche wichtige sozio-ökonomische und sozio-politische Fragen werden aus wahltaktischen Gründen in den Programmen nur gestreift oder gar

nicht thematisiert. Zu diesen programmatisch nur schwach thematisierten Fragen gehören oftmals auch die Arbeitsbeziehungen. In der Regierungspraxis bearbeiten neo-nationalistische Parteien auch programmatisch vernachlässigte Fragen. In der Regierungspraxis zeigt sich auch, welche Akteure die neo-nationalistischen Parteien in die Formulierung der Regierungspolitik einbeziehen und wie sie mit Konflikten, die durch ihre Politik ausgelöst werden, umgehen. Daher enthält die Studie auch drei **Fallstudien zur Regierungspraxis**. Ausgewählt wurden hierfür **Belgien, Ungarn und Polen**. In allen drei Ländern sind bzw. waren bis vor kurzem neo-nationalistische Parteien maßgeblich in der Regierung vertreten. In Ungarn (seit 2010) und Polen (seit 2015) regieren sie sogar allein. Speziell Ungarn gilt für viele neo-nationalistische Parteien als ein Modell. Die drei Länder unterscheiden sich allerdings in ihrer Stellung in der europäischen Arbeitsteilung: Belgien ist eine hoch entwickelte Ökonomie mit einem bedeutsamen Finanzsektor. Letzterer war von der Krise der Jahre 2008 ff. stark betroffen. Politisch weist Belgien starke sozialpartnerschaftliche Strukturen auf. Ein zentraler Pfeiler des Wachstumsmodells Ungarns und Polens ist eine stark auf Westeuropa bezogene Exportindustrie. Ihre ökonomische Vorkrisendynamik war aber auch in erheblichen Ausmaß von der Verschuldung der Privathaushalte getragen. Die Krise der Jahre 2008 ff. war aufgrund der hohen Fremdwährungskredite in Ungarn stark ausgeprägt. Auf die ökonomische, soziale, politische Lage reagierten die neo-nationalistischen Parteien in den drei Ländern mit deutlich unterschiedlichen Nuancierungen. Die neo-nationalistischen Parteien sind hierbei auch auf unterschiedliche Strömungen des Neo-Nationalismus orientiert: Die Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) ist stark neoliberal orientiert, die Fidesz-Politik zeichnet sich durch eine Mischung von neoliberalen und nationalkonservativen Elementen aus. Die polnische Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) weist hingegen scharfe nationalkonservative Konturen auf. Die Studie setzt sich mit den Ähnlichkeiten, aber auch den Unterschieden der Regierungspraxis in den drei Ländern auseinander und stellt sie in einen breiteren politischen und ökonomischen Kontext.

Was sind nun Hauptcharakteristika der drei Strömungen des Neo-Nationalismus? Die **neoliberale Strömung** forciert technokratische Staatsstrukturen und zielt auf die Abschottung staatlicher Entscheidungszentren gegenüber Interessengruppen, vor allem Gewerkschaften. Sie fordert eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, „unabhängige“, demokratisch nicht kontrollierte Regulierungsbehörden, niedrige und regressive Steuern. Bei der Sozialpolitik setzt sie auf staatliche Minimalsicherung und ansonsten auf die Kommerzialisierung sozialer Sicherungssysteme. Sie vertritt zwar keinen offenen protektionistischen Wirt-

schaftsnationalismus, wohl aber in den Zentrumsökonomien eine Art Freihandelsnationalismus. Zudem ist der neoliberale Neonationalismus durch eine Positionierung gegen Migration und durch einen exkludierenden Wohlfahrtsstaatsnationalismus geprägt.

Die **nationalkonservative Strömung** nimmt eine Re-Politisierung von rechts vor, forciert eine plebiszitäre Legitimierung von Politik und neigt zur De-Legitimierung „nicht-nationaler“ Akteure. Wirtschaftspolitisch ist sie eher flexibel und setzt auf eine pro-aktive Wirtschaftspolitik. Sozialpolitisch ist sie auf einen konservativen Sozialstaat orientiert, in dessen Zentrum Sozialversicherungen stehen. Sie ist auf die Konservierung von Statusunterschieden und überkommenen Geschlechterverhältnissen orientiert. Für die Nationalkonservativen hat der Wirtschaftsnationalismus das Primat. Einheimisches Kapital soll gefördert und eine Politik des selektiven Protektionismus verfolgt werden. Ein exkludierender Wohlfahrtsstaatsnationalismus spielt nur eine Rolle, wenn es eine erhebliche Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt. Speziell im Hinblick auf eine Re-Politisierung der Politik und eine aktive Wirtschaftspolitik präsentiert sich der Nationalkonservatismus als eine konservative Alternative zum Neoliberalismus.

Zumindest programmatisch versucht die **faschistische Strömung** ihre wahren autoritären Ziele teilweise zu verschleiern. Ihr Staatsverständnis ist zutiefst autoritär. Sie huldigt einem Kult der Gewalt, baut paramilitärische Strukturen auf und tritt offen rassistisch auf. Wirtschaftspolitisch hat diese Strömung keine eigenständige Konzeption zu bieten. Sozialpolitisch ist sie grundsätzlich auf ein konservatives Sozialstaatsmodell orientiert. Hier tritt sie jedoch für eine harte nationalistische Ausschließung ein. Auch wirtschaftsnationalistische Positionen, die auf eine Stärkung des einheimischen Kapitals zielen, vertritt die faschistische Strömung.

Diese Klassifizierung der Strömungen liegt der Studie zugrunde. Hierbei lassen sich nicht alle Parteien eindeutig einer der Strömungen zuordnen, aber ihre Orientierungen in den Bereichen Staatsprojekt (beispielsweise im Hinblick auf Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit oder Neo-Korporatismus), Wirtschafts- und Sozialpolitik lassen sich anhand dieser Klassifizierung doch einordnen.

Für die unterschiedlichen **Länder und Großregionen der EU** zeigen sich bei den neo-nationalistischen Parteien folgende **politische Konturen**: Neoliberale Elemente dominieren bei den neo-nationalistischen Kräften der politischen Rechten in Deutschland als dem Kernland der EU und der Eurozone, aber auch im Brexit-Land Großbritannien. Ähnlich ist der Befund für

die Zentrumsländer Österreich, Benelux-Staaten und Skandinavien, aber auch die baltischen Länder. In all diesen Ländern ist bei den neo-nationalistischen Parteien die neoliberale Orientierung in der wirtschaftspolitischen Programmatik besonders ausgeprägt, während in der Sozialpolitik und beim Staatsprojekt auch nationalkonservative Elemente zu finden sind. Vielfach werden in der Steuerpolitik Unternehmen und BezieherInnen hoher Einkommen begünstigt. Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Arbeitszeiten sind ebenfalls, vor allem in Ländern mit höheren Sozialstandards, Forderungen von neo-nationalistischen Parteien. Die neoliberale Wirtschaftspolitik wird mit der Stärkung des Standorts und, speziell in den peripheren Ökonomien, mit der Notwendigkeit der Anziehung von Auslandskapital begründet.

Die nicht-neoliberalen Elemente in der Sozialpolitik zielen auf eine Erweiterung der WählerInnenbasis. In den Zentrumsländern ist eine strategische Verbindung von neoliberaler Wirtschaftspolitik und einem exkludierenden Wohlfahrtsstaatsnationalismus zu erkennen. Die anti-migrantische Orientierung stellen vor allem weit rechts stehende neo-nationalistische Parteien im Zentrum, wie die Alternative für Deutschland (AfD), die Partij voor de Vrijheid (PVV), die FPÖ oder der Vlaams Belang, bei ihrer Kampagnenarbeit besonders in den Vordergrund.

Die Visegrád-Länder mit ihrem Modell abhängiger Exportindustrialisierung zeigen sich die neo-nationalistischen Parteien in ihrer Ausrichtung gespalten. Einerseits gibt es Parteien mit extremer neoliberaler Ausrichtung, wie die tschechische Občanská demokratická strana (ODS) oder der slowakischen Sloboda a Solidarita (SaS). Sie wollen über eine Niedrigsteuerepolitik bzw. eine Deregulierung des Arbeitsmarktes das auf Auslandskapital und Niedriglöhnen basierende Modell noch vertiefen. Auf der anderen Seite gibt die polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) und etwas abgeschwächter in Ungarn Fidesz, die stärkere nationalkonservative Momente aufweisen. In Ungarn geht es wirtschaftspolitisch hier vor allem um eine Stärkung einheimischer, eng mit Fidesz verbundener Unternehmer in den geschützten Sektoren (Banken, Handel, Bauwirtschaft), während die durch Auslandskapital kontrollierte Exportwirtschaft durch eine Radikalisierung der neoliberalen Politik, vor allem durch Steuerensenkungen, gefördert werden soll. PiS geht es in Polen hingegen um eine Modifikation des Wirtschaftsmodells zugunsten technologisch anspruchsvollerer Produktion.

Neben den Visegrád-Ländern sind deutliche nationalkonservative Elemente auch in zwei unter De-Industrialisierung leidenden großen Zentrumsländern, Frankreich und Italien, erkennbar. Hier zielen natio-

nalkonservative Elemente bei Lega Nord und Front National vor allem auf bestimmte Entwicklungsblockaden. Speziell die Lega Nord hat sich den Bruch mit der Eurozone auf die Fahnen geschrieben, was den exportorientierten Klein- und Mittelunternehmen zu Gute käme.

Faschistische und faschistoide Parteien haben es vor allem in Zentralost- und Südosteuropa (inkl. Griechenland) in die Parlamente geschafft. Regional sind sie zum Teil in ehemaligen Industrieregionen relativ stark verankert, in Griechenland haben sie durch die tiefe Wirtschaftskrise und deren Bearbeitungsformen einen Schub bekommen.

Welche **Konturen der neo-nationalistischen Politik** zeigen sich in den verschiedenen **Bereichen**? Im Bereich der neoliberalen **Wirtschaftspolitik** ist eine Akzentsetzung auf Regelbindungen und Niedrigsteuerepolitik zu erkennen, während bei den wenigen nationalkonservativen Wirtschaftsprogrammen eine pro-aktive Entwicklungspolitik und auch industriepolitische Maßnahmen thematisiert werden.

Besondere Priorität in der neoliberalen wirtschaftspolitischen Programmatik, aber auch in deren Praxis genießt die Steuerpolitik. Hier geht es um die Absenkung der Steuerlast – und dann noch einmal um eine Senkung der Unternehmenssteuern und die Entlastungen vor allem bei hohen Einkommen bei der Einkommenssteuer. Hier zeigen sich Parteien in der Peripherie noch radikaler als im Zentrum, sowohl in der Programmatik als auch in der Praxis. Dies hängt mit der schwächeren Position der peripheren Ökonomien zusammen. Denn sie sind in eine Zulieferrolle für die Zentrumsökonomien gedrängt worden. In zentralen Sektoren der peripheren Ökonomien dominieren transnationale Konzerne. Eine auf Auslandsinvestitionen gegründete Wirtschaftsstrategie für die Peripherie ist von der Europäischen Kommission speziell in Zentralost- und Südosteuropa forciert worden. Als zentralen Parameter für die Anziehung von Auslandskapital sehen die neoliberalen Kräfte in der Peripherie niedrige Steuern, speziell bei der Körperschafts- und Einkommenssteuer. Diese Art der Steuerpolitik ist regressiv und ungünstig für die ArbeitnehmerInnen.

Im Einklang zur auf Steuerensenkungen orientierten neoliberalen Programmatik steht der Akzent auf der Senkung von Ausgaben, speziell der Sozialausgaben. Teils wird auch hier die Forderung nach Regelbindungen erhoben. Die sich sozial gebenden neo-nationalistischen Parteien im Zentrum, wie etwa die AfD, der Front National (seit kurzem Rassemblement National) oder die FPÖ, kombinieren diese restriktive sozialpolitisch Grundorientierung mit Forderungen nach einer „nationalen Präferenz“ in der **Sozialpolitik**. Auch

werden bestimmte Gruppen von Armen oft stigmatisiert und sollen Sozialleistungen nur für die „Anständigen“ reserviert bleiben. Bei vielen der in weiten Bereichen neoliberal orientierten Parteien finden sich in der sozialpolitischen Programmatik nationalkonservative Elemente. Diese beziehen sich vor allem auf die Familienpolitik, die eine Restauration überkommener Geschlechterverhältnisse befördern soll. Hierbei geht es vor allem um die Akzentuierung der sorgenden Rolle der Frau in der Familie. Auf dem Arbeitsmarkt sollen die Frauen wieder stärker zurück gedrängt und noch deutlicher in Teilzeitbeschäftigungen gedrängt werden.

Die ihren neoliberalen Charakter in den Vordergrund stellenden neo-nationalistischen Parteien, wie die belgische Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA), die ODS oder die SaS, vertreten offensiv De-Regulierungen der Arbeitszeit und der **Arbeitsbeziehungen**. Die N-VA hat im Rahmen der Koalitionsregierung in Belgien dann auch real deutliche Schritte in diese Richtung gesetzt. Auf Schwächung von Arbeitnehmerorganisationen und eine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und Arbeitszeiten zielende Forderungen lassen sich aber auch bei neo-nationalistischen Parteien, wie der FPÖ oder dem Front National/Rassemblement National finden, die einerseits eine stark neoliberale wirtschaftspolitische Programmatik aufweisen, sich andererseits als eine soziale Kraft zu präsentieren suchen. Allerdings hängen diese Parteien die Arbeitsbeziehungen betreffenden Passagen ihrer Programmatik in der öffentlichen Darstellung nicht so hoch. In der Regierungspraxis der neoliberalen neo-nationalistischen Parteien in Belgien und Ungarn ist eine Schwächung der dreiseitigen Konsultationsorgane zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden erkennbar, während es in Polen mit der nationalkonservativen Regierung zu einer Wiederherstellung einer solchen institutionellen Struktur gekommen ist, in der die PiS-Regierung jedoch zentrale Streitfragen aus der Debatte auszuklammern versucht. Die Gewerkschaften in den drei Ländern haben versucht, institutionelle Gesprächskanäle zu erhalten. Auch gegenüber aktiver Kooptierungspolitik, vor allem im Fall Ungarns, haben die in unterschiedliche Richtungsgewerkschaften ausdifferenzierten Gewerkschaften versucht, ihre Politik zu konzertieren. In spezifischen Bereichen hat es auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegeben, vor allem in Belgien mit seinem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad.

In den neo-nationalistischen **Staatsprojekten** sind autoritäre Elemente erkennbar. In den neoliberalen Staatsprojekten der neo-nationalistischen Kräfte ist die autoritäre Tendenz in die Stärkung technokratischer Strukturen und die Regelbindung eingeschrieben. In den nationalkonservativen Staatsprojekten kommt es in der Programmatik und Praxis zu einer

Re-Politisierung von rechts. Insofern stellen diese eine Antwort auf die neoliberale Entpolitisierung auf der EU-Ebene und zu entsprechenden Praxen auf nationalstaatlicher Ebene dar. Gleichzeitig engen die nationalkonservativen Staatsprojekte das Feld legitimer politischer Akteure stark ein und de-legitimieren „nicht-nationale“ Akteure. In der Praxis ist sowohl in Ungarn als auch in Polen die Gewaltenteilung deutlich abgebaut worden und sind Tendenzen einer nationalkonservativen Vereinheitlichungspolitik bei Medien, Kulturinstitutionen und auch gegenüber NGOs erkennbar. Es hat in Schlüsselsektoren einen aktiven Kadertausch gegeben. Die Veränderungen sind durch die Parlamente gepeitscht worden. Die autoritären Tendenzen waren in der Regierungspraxis von Fidesz und PiS in der Zeit seit der globalen Krise von 2008 ff. stärker ausgeprägt als in ihren früheren Regierungen.

Was bedeuten die Programmatik und bislang erkennbare Regierungspraxis neo-nationalistischer Parteien für **ArbeitnehmerInnen**? Festzuhalten ist, dass die sozio-ökonomische Programmatik und Praxis der neo-nationalistischen Rechtsparteien tendenziell ungünstig für ArbeitnehmerInnen ist. Das gilt besonders für neo-nationalistische Parteien mit ausgeprägt neoliberaler Orientierung. Viele der neo-nationalistischen Parteien haben Punkte in ihrer Programmatik, die auf eine Schwächung der institutionellen Macht von ArbeitnehmerInnenorganisationen und -vertretungen gerichtet sind. Die Schwächung kann sich sowohl auf sozialpartnerschaftliche als auch auf betriebliche Vertretungsorgane beziehen. Unter den Fallbeispielen der Regierungspraxis neo-nationalistischer Parteien sticht hier vor allem die Fidesz-Regierung in Ungarn negativ hervor. Sie hat das institutionelle Umfeld für ArbeitnehmerInnenorganisationen deutlich verschlechtert. Hingegen ist in Belgien eher eine Erosion der sozialpartnerschaftlichen Institutionen zu konstatieren. Die nationalkonservative PiS-Regierung verhält sich gegenüber den Gewerkschaften insgesamt offener als ihre liberale Vorgängerin. Sie hat Konsultationsstrukturen wiederbelebt, geht mit diesen allerdings selektiv um.

Speziell wirtschaftspolitisch neoliberal orientierte neo-nationalistische Parteien treiben die Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und Arbeitszeit voran. Bestandteil ihrer Politik ist zum Teil auch die Lockerung des Kündigungsschutzes. Auch eine Tendenz zu einem verstärkten Druck auf Arbeitslose und zu einer Verschlechterung von deren Absicherung ist erkennbar. In der Regierungspraxis sind besonders starke Verschlechterungen auf diesen Gebieten erneut in Ungarn zu konstatieren. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit gehörte allerdings auch zu den Prioritäten der belgischen Rechtsregierung.

Spiegelbildlich zu einer restriktiven Budgetpolitik und einer verteilungspolitisch die BezieherInnen niedriger Einkommen verhältnismäßig stark belastenden Steuerpolitik ist die Sozialpolitik tendenziell restriktiv ausgerichtet – die nationalkonservative PiS-Regierung macht hier allerdings eine Ausnahme. In den westeuropäischen Ländern, in denen es einen substanziellen Bevölkerungsanteil mit migrantischem Hintergrund gibt, vertreten neo-nationalistische Parteien – mit unterschiedlich starker Ausprägung – einen exkludierenden Sozialstaatsnationalismus. Diskriminierende Vorschläge und Politiken sind hier z.T. auch gegen lang ansässige MigrantInnen erkennbar. Kürzungen bei Sozialleistungen besonders verwundbarer Gruppen, darunter speziell auch Flüchtlingen, stellen z.T. das Einfallstor für breiter angelegte Leistungseinschränkungen im Sozialbereich dar.

Aussagen zu den **Geschlechterverhältnissen** sind bei vielen neo-nationalistischen Parteien zu finden. In deren Programmatik nehmen sie zum Teil sogar einen ziemlich prominenten Platz ein. Nationalkonservative Positionen sind hier auf eine Restauration überkommener Geschlechterverhältnisse orientiert. Das bedeutet unter anderem, dass Frauen wieder verstärkt auf eine Rolle als Mutter und Hausfrau festgelegt werden sollen. Konservativ geprägte Positionen machen sich in diesen Fragen vielfach auch neo-nationalistische Parteien zu Eigen, die in der Wirtschaftspolitik deutlich neoliberale Positionen vertreten. Die auf eine Restauration überkommener Geschlechterrollen orientierte Politik findet in der Sozialpolitik sehr konkreten Niederschlag. So wird sowohl in Parteiprogrammen als auch in der Regierungspraxis im Bereich der Sozialpolitik oft ein starker Akzent bei der Familienpolitik gesetzt. Die familienpolitischen Leistungen setzen oft Anreize für Frauen, sich der Kindererziehung zu widmen. Dies impliziert eine schwächere Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Der Ausbau von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und auch anderen auf Betreuungs- und Sorgeleistungen orientierten Diensten genießt bei neo-nationalistischen Parteien keine Priorität. Teils wird offen familiären Sorgeleistungen, die weitestgehend von Frauen erbracht werden, der Vorzug vor öffentlichen Angeboten gegeben. Zum Teil lassen die neo-nationalistischen Parteien, vor allem aus dem weiter rechts stehenden Spektrum, starke Vorbehalte gegen eine Gleichstellungspolitik erkennen. Mithin ist neo-nationalistische Politik als speziell nachteilig für ArbeitnehmerInnen anzusehen.

Was sind **Handlungsoptionen für ArbeitnehmerInnenorganisationen**? Hierbei ist zunächst einmal festzuhalten, dass die Programmatik und Regierungspraxis von neo-nationalistischen Parteien eine Reaktion auf konkrete sozio-ökonomische Problemlagen ist. Diese Problemlagen werden durch die Stellung des jewei-

ligen Landes in der europäischen Arbeitsteilung und den neoliberalen Regulationsmodus der EU maßgeblich geformt. Die neo-nationalistischen Parteien lassen sich verschiedenen Strömungen zuordnen und zeigen Differenzierungen in der Programmatik. Daher muss der Umgang mit den neo-nationalistischen Parteien ihren jeweiligen Spezifika Rechnung tragen. Die polit-ökonomischen Faktoren, welche den Aufstieg der neo-nationalistischen Parteien begünstigen, sind zu identifizieren und zu bearbeiten. Zu diesen Faktoren gehören die ungleichen Entwicklungsmuster der EU und die einseitige Wettbewerbsorientierung. Letztere ist sehr stark auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit abgestellt und sieht hierfür die Löhne als zentrale Variable. Hier haben ArbeitnehmerInnenorganisationen auf Veränderungen in der Wirtschaftspolitik zu drängen. Ungeachtet der Unterschiede in den neo-nationalistischen Positionierungen ist es sinnvoll, wenn sich ArbeitnehmerInnenorganisationen in der EU über ihre Erfahrungen mit neo-nationalistischen Parteien untereinander austauschen und von einander lernen.

Sie sollten sich mit den Problemdiagnosen der neo-nationalistischen Parteien auseinandersetzen und unzureichende wie auch einseitige Problemdiagnosen herausarbeiten und kritisieren. Zwei besonders typische einseitige Problemdiagnosen seien hier erwähnt. Neo-nationalistische Parteien neoliberaler Ausrichtung sehen den Staat als Ursache von Problemen und blenden die Unternehmerseite als mögliche Problemursache völlig aus. Viele der neo-nationalistischen Parteien sehen MigrantInnen und Flüchtlinge als Hauptursache für sozio-ökonomische Problemlagen wie Arbeitslosigkeit. Dies ist im Kern eine Sündenbocktheorie.

Die Antwort neo-nationalistischer Parteien auf sozio-ökonomische Probleme besteht vielfach in einer Politik des Ausschlusses und der Abgrenzung nach unten. Ihre Sozialpolitik ist in der Regel exkludierend angelegt. Ausschließende Politiken richten sich vor allem gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Oft werden aber auch besonders verwundbare Gruppen wie Langzeitarbeitslose und Obdachlose stigmatisiert. Kürzungen bei besonders verwundbaren und stigmatisierten Gruppen stellen dann ein ideales Einfallstor für eine breiter angelegte Politik des Sozialabbaus dar. Diesem exkludierenden Ansatz hätten ArbeitnehmerInnenorganisationen eine Politik der Inklusion entgegenzusetzen, die auf einheitliche Standards und breit angelegte Schutzmaßnahmen setzt. Diese inkludierende Politik muss sich auch in der Organisations- und Vertretungspolitik von ArbeitnehmerInnenorganisationen selbst widerspiegeln.

Die Geschlechterpolitik der neo-nationalistischen Kräfte ist aus Sicht von ArbeitnehmerInnenorganisationen kritisch zu betrachten. Die ArbeitnehmerIn-

nenorganisationen müssten sich besonders gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei Bezahlung und auf dem Arbeitsmarkt wenden. Gerade auch aus einer Geschlechterperspektive ist der Ausbau umfassender und gut entlohnter öffentlicher Dienst zentral.

Speziell die Politik stark neoliberal orientierter neo-nationalistischer Parteien ist auf die Schwächung der ArbeitnehmerInnenorganisationen gerichtet. Hier geht es den neo-nationalistischen Kräften vor allem um die Schwächung der institutionellen Macht von ArbeitnehmerInnenorganisationen, beispielsweise über die Aushöhlung sozialpartnerschaftlicher Arrangements. Daher müssen die ArbeitnehmerInnenorganisationen die Wichtigkeit von Gegenmacht der ArbeitnehmerInnen offensiv vertreten. Bei Angriffen neo-nationalistischer Regierungsparteien auf bestehende institutionelle Arrangements haben ArbeitnehmerInnenorganisationen oft einerseits versucht, institutionelle Kanäle aufrecht zu erhalten, und andererseits bei spezifischen Konflikten auch Kampfmaßnahmen ergriffen.

Damit ArbeitnehmerInnenorganisationen ihre Positionen wirksam in die politische Debatte einbringen können, sind pluralistische Medien, gerade auch öffentlich-rechtliche Medien, erforderlich. Ein Rechtsweg bei Arbeitskonflikten ist nur dann wirksam, wenn Rechtsstaatlichkeit herrscht. Eine wirksame Verteidigung von ArbeitnehmerInneninteressen setzt demokratische Pluralität und Rechtsstaatlichkeit voraus. Diese müssen daher für ArbeitnehmerInnenorganisationen hohe Priorität haben.

Auf den genannten Feldern gibt es Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften, die genutzt werden sollten. Wichtig ist es für ArbeitnehmerInnenorganisationen, einen umfassenden Blick auf die Programmatik und Praxis neo-nationalistischer Parteien zu haben und in der Auseinandersetzung mit diesen auch pro-aktiv Themen zu setzen.

Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 179, Working-Paper Reihe der AK Wien. Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis

Joachim Becker (unter Mitarbeit von: Justyna Kajta, Adam Mrozowicki, László Neumann, Koen Smet), Oktober 2018.



Kontakieren Sie uns!

In Wien:

Monika Feigl-Heihs

T +43 (0) 1 501 651 2382

monika.feiglheihs@akwien.at

In Brüssel:

Petra Völker

T +32 (0) 2 230 62 54

petra.voelkerer@akeuropa.eu

Bundesarbeitskammer Österreich

Prinz-Eugen-Straße 20-22

1040 Wien, Österreich

T +43 (0) 1 501 65-0

www.arbeiterkammer.at

AK EUROPA

Ständige Vertretung Österreichs bei der EU

Avenue de Cortenbergh 30

1040 Brüssel, Belgien

T +32 (0) 2 230 62 54

www.akeuropa.eu

Über Uns

Die Bundesarbeitskammer (BAK) ist die gesetzliche Interessenvertretung von rund 3,7 Millionen ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich. Sie vertritt ihre Mitglieder in allen sozial-, bildungs-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Angelegenheiten auf nationaler als auch auf der Brüsseler EU-Ebene. Darüber hinaus ist die Bundesarbeitskammer Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die BAK ist im EU-Transparenzregister unter der Nummer 23869471911-54 registriert.

Die Aufgaben des 1991 eröffneten AK EUROPA Büros in Brüssel sind einerseits die Repräsentation der BAK gegenüber europäischen Institutionen und Interessensorganisationen, das Monitoring von EU-Aktivitäten und die Wissensweitergabe von Brüssel nach Österreich, sowie gemeinsam mit den Länderkammern erarbeitete Expertise und Standpunkte der Arbeiterkammer in Brüssel zu lobbyieren.